

POLITIK > IM EUROPAPARLAMENT STOPPEN AfD, GRÜNE UND LINKE GEMEINSAM
MERCOSUR

AfD, Grüne und Linke vereint gegen den Freihandel

22. Januar 2026 | Rainer Zitelmann

Sie sichern im Europa-Parlament die Mehrheit, um das Mercosur-Abkommen durch die Anrufung des Europäischen Gerichtshofs zunächst zu stoppen



Abgeordnete des Europäischen Parlaments stimmen am 21. Januar für eine Überprüfung des Mercosur-Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof: AfD, Grüne und Linke verzichteten dabei auf jede Brandmauer-Rhetorik. Foto: Philipp von Ditfurth / Picture Alliance



VON RAINER ZITELMANN (<https://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann>)

Dass Linksaußen, Rechtsaußen und Grüne gemeinsam gegen den Freihandel sind, hat Tradition. Gestern haben sie das Freihandelsabkommen Mercosur blockiert, aber sie standen bereits zusammen gegen das – letztlich gescheiterte – TTIP-Abkommen.

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch beschlossen, das EU-Freihandelsabkommen mit Ländern des südamerikanischen Mercosur-Staatenbundes vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) überprüfen zu lassen, 334 Stimmen gab es für eine Überprüfung, 324 dagegen. Elf Abgeordnete enthielten sich. Das Parlament fordert mit dem Beschluss seine Präsidentin auf, den EuGH anzurufen und um ein Gutachten zum Mercosur-Abkommen zu bitten. Der Antrag auf eine rechtliche Prüfung war überwiegend von Parlamentariern der extremen Linken und der Grünen eingereicht worden.

Björn Höcke jubelt

Dadurch ist das Freihandelsabkommen vermutlich für viele Monate, vielleicht sogar für Jahre blockiert – wenn es überhaupt noch dazu kommt. Fast alle Vertreter der Grünen (mit zwei Ausnahmen) und der AfD (mit einer Ausnahme) stimmten gestern für die Überweisung, zusammen mit linksextremen Parteien.

Björn Höcke, der ohnehin oft schon seine antikapitalistische Gesinnung bekundet hat

(https://www.focus.de/politik/deutschland/rechtsextreme-klingen-linksradikal-das-steckt-hinter-hoeckes-antikapitalismus_887fca07-351b-4461-b0ba-532a8f27a45a.html), jubelte auf X: „Das Mercosur-Abkommen wurde heute in letzter Minute in Straßburg gestoppt. Jetzt muss der EuGH entscheiden. Die ESN-Fraktion gab den Ausschlag bei der Abstimmung. Gratulation an René Aust und seine Mannschaft!“

Natürlich behaupten sie alle, in Wahrheit seien sie für den Freihandel, nur eben gegen dieses Abkommen. Das ist genauso glaubwürdig wie das Bekenntnis von Linken und Grünen zur Marktwirtschaft – in Worten ist man dafür, mit Taten dagegen. Denn es ist nicht das erste Mal, dass hier eine Querfront gegen den Freihandel zusammenarbeitet, wie die Kampagnen gegen das gescheiterte Freihandelsabkommen TTIP zeigen.

TTIP steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership und war ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Ziel von TTIP war es, Handelshemmnisse abzubauen und den wirtschaftlichen Austausch über den Atlantik hinweg zu erleichtern. Dazu sollten unter anderem Zölle gesenkt, Normen angeglichen und Investitionen erleichtert werden. Die Verhandlungen begannen offiziell im Jahr 2013.

Beteiligt waren auf europäischer Seite die EU-Kommission im Auftrag der Mitgliedstaaten und auf amerikanischer Seite die US-Regierung. Linke Parteien und sogenannte „N“GOs (ich schreibe das „N“ in Anführungszeichen, weil viele dieser Gruppen massiv vom Staat subventioniert werden) in Europa, besonders in Deutschland, entfesselten eine beispiellose Kampagne gegen das Abkommen. Die Jugendorganisation der Grünen, die Grüne Jugend, brachte das für Freihandelsgegner so typische Nullsummendenden so zum Ausdruck: „Die Großen gewinnen, die Kleinen verlieren.“

AfD war schon gegen TTIP

In vielen europäischen Ländern kam es zu großen Protesten gegen das Abkommen. Ab 2016 stockten die Verhandlungen zunehmend. Die EU-Kommission tat so, als unterstützte sie das Freihandelsabkommen, unterstützte aber gleichzeitig mit mehreren Millionen Euro radikale Freihandelsgegner wie etwa das niederländische Transnational Institute (TNI), deren Vorstand – eine ehemalige Greenpeace-Funktionärin, Ehrenpräsidentin von Attac Frankreich und Autorin des Buches „How to Win a Class War“ - TTIP als „gefährliches Tier“ bezeichnete.

Während in Deutschland Vertreter von Die Linke und Grünen sowie linke „N“GOs die Kampagne anführten, positionierte sich auch die AfD klar gegen TTIP: Der damalige stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland erklärte: „Es würde einen eisernen Vorhang der Wirtschaft gegenüber Russland hochziehen und eine noch größere Entfremdung zwischen Europa und Russland zementieren.“ Die Nähe zu Russland war ihm wichtiger als der Freihandel mit den USA. Gauland schrieb Jahre später das Vorwort zu dem Buch des ehemaligen AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Maximilian Krah, „Politik von rechts“, in dem dieser sich gegen den „Marktradikalismus“ wendet und die Globalisierung kritisiert. Handelsbeschränkungen seien notwendig, so Krah, weil „Produkte politische und kulturelle Botschaften“ transportierten. Als Beispiel nennt Krah Coca-Cola, das für den „American Way of Life“ stehe und damit „kulturelle Transformationen“ begünstige. Nur von Trump ist er begeistert, wie Krah gestern auf X verkündete: „Die Rede Donald Trumps beim @wef muss jeder sehen, dessen Englisch es zulässt. Wer danach als Rechter noch anti-Trump ist, sollte über seine Komplexe reflektieren.“

Historische Tradition

Die damalige – vor allem von Linksgrünen getragene - Kampagne gegen TTIP war sehr erfolgreich, besonders in Deutschland. Von 3,3 Millionen Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen stammten 1,57 Millionen aus Deutschland. 2017 wurden die Verhandlungen faktisch beendet, weil nach der Wahl von Trump klar wurde, dass auf beiden Seiten des Atlantiks die Freihandelsgegner von links und rechts die Überhand gewonnen hatten. Die Nullsummenlogik, die alle Gegner des Freihandels verbindet, hatte gesiegt. Und so mancher wünschte sich, als Trump Deutschland mit höheren Zöllen bestrafte, dass das TTIP-Abkommen damals doch realisiert worden wäre.

Übrigens hat der gemeinsame Kampf gegen den Freihandel auch eine historische Tradition: Ferdinand Fried, ein führender Vertreter der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik, veröffentlichte 1932 eine Kampfschrift gegen den Freihandel mit dem Titel „Autarkie“. Seine Forderung nach Autarkie war eng mit einer grundsätzlichen Kritik des kapitalistischen Systems und mit dem Ziel, dieses durch eine staatliche Wirtschaftslenkung bzw. Planwirtschaft zu ergänzen oder abzulösen, gekoppelt. Fried selbst stellte gleich zu Beginn seines Buches diesen Zusammenhang her: „Die Autarkie steht zum Freihandel wie die Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft.“ Übrigens hatte Fried 1931 seine Thesen schon in einem anderen Buch propagiert, das den Titel trug „Das Ende des Kapitalismus“. Der Titel ist identisch mit dem Titel des 2024 erschienenen Buches der taz-Journalistin und Grünen-Sympathisantin Ulrike Herrmann, die – so wie damals Fried – eine Abschaffung des Kapitalismus und staatliche Planwirtschaft fordert.